

Sächsische Volkszeitung

Die Sächsische Volkszeitung erscheint zweimal wöchentlich, Montag und Mittwoch für Januar durch die Post 500 M. Anzeigenpreis: Die eingeschaltete Beilage 50 M. für Familien- und Vereinsanzeigen, Stellen- und Reiseanzeigen 40 M. Die Beilage enthält im wesentlichen Zeit- und Nachrichten, die für die Provinz von besonderer Bedeutung sind. Die Beilage ist für die Provinz von besonderer Bedeutung. Die Beilage ist für die Provinz von besonderer Bedeutung.

Einzelnummer 45 M.

Verkaufsstellen der Redaktion: 8-10 Uhr nachm. Nicht abendlich zugängliche und mit Rücksicht nicht verschiedene Einlagen werden nicht angenommen.

Wir werden dankbar für die Beilage durch den Postboten ausgegeben. Wir werden dankbar für die Beilage durch den Postboten ausgegeben.

Annahme zum Reichsanzeiger Nr. 10 Uhr, von Familienanzeigen Nr. 11 Uhr vormittags. — Anzeigenstellen in Dresden: Schriftliche Buchführung, Inhaber P. Des. Schloßstraße 4. in Waagen: Frau Rurjal, Nr. der Behörde 4.

Politik und Partei im neuen Jahre

Von Paul Hesse, Landesvorsitzender der sächs. Zentrumspartei.

Das Vorkriegsjahr, unter dem wir in Deutschland infolge des verlorenen Krieges im besonderen Maße leiden, steht in dieser Form und in diesem Ausmaß wohl in der Geschichte der Welt einzig da. Auch die Vorkriegsjahre, von der unsere Jugend, von der wir selbst einst im Geschichtsunterricht mit Stolz gehört und gelesen haben, verblühten angesichts dessen, was wir im letzten Jahrzehnt erleben mußten. Es ist daher durchaus begreiflich, daß es dem Einzelnen schwer wird, ja daß es vielen unmöglich wird, die rechte Stellung zu den heutigen Ereignissen zu finden. Ausmaß und Größe der Weltkriege, in der wir leben, sind fast ins Unermeßliche gewachsen. Und doch, oder vielleicht gerade deshalb, wird das Schicksal so vieler Einzelner davon aufs tiefste betroffen. Ein Meer von Blut hat sich über vier Jahre über die europäische Erde ergossen. Das, was nachher kam, hat so tiefe Wurzeln geschlagen, daß heute vielfach es scheint, als ob in den Fugen eines Teiles des Volkes und der Völker diejenigen verbergen sind, die ihr Bestes und Edelstes, die ihr Leben in vierjährigem Kampfe hingegeben haben. Kaiser Gothe hat auch in weiten Kreisen unseres Volkes Platz genommen. Dem Gott Ramon werden täglich Helikopten geweiht. Und in diese Zeit hinein sind noch die Parteien gestellt, die Prinzipien, die Grundzüge vertreten sollen. Ist es ein Wunder, wenn viele zaudern und zögern, wenn viele schwanken und wanken? Ist es ein Wunder in einer Zeit, in der sowohl die kapitalistische Wirtschaftsform als auch die sozialistische Lehre von Marx Bauerzott gemacht haben.

Ist es ein Wunder, das Wanken und Schwanken, das Zaudern und Zögern, wenn die Begriffe wanken und schwanken geworden sind. Wenn ein so konservativer Mann, wie Adam Müller in seiner süddeutschen konservativen Korrespondenz auszusagen muß:

„Viele tausende von Christlichen Konservativen haben Warenhandeln oder Produktionsmäßig (andere natürlich auch) während des Krieges Hunderttausende „gewonnen“, haben ihre jahrzehntelangen Schulden bezahlt und sind sehr wohlhabend, viele reich geworden. Jetzt, da der Staat mit neuen Steuern und Abgaben von dem mittellos angeschöpften Reichtum erhebliche Quantitäten abheben will, verbinden sich diese „Christlichen Konservativen“ mit Religionspolitikern und Kirchenverächtlern, mit Leuten, die das „alte Regime“ einst frech beleidigten, den Leuten, die höheren Beamten, den Junkern mit hohen Abgaben, zur großen „Staatsverschwendung“ Bilanz. Meine Reichstagskommission enthält nach dieser Richtung hin die interessantesten Dokumente „Christlich-konservativer“ Weisungsstärke.“

Ist es noch nötig, zu sagen, daß wir in dieser Zeit — und auch in Sachsen — eine christliche Volkspartei, wie sie das Zentrum darstellt, nötiger denn je haben! Ist es noch nötig, zu betonen, daß wir heute erst recht eine Presse brauchen — also auch im neuen Jahre — welche mit Kraft und Energie, welche mit Entschiedenheit die Ideen und Ziele der christlichen Volkspartei vertritt, Schulungsarbeit in Partei und Presse, Aufklärungsarbeit im großen Maße ist, das, was wir im kommenden Jahre brauchen. Wenn wir das durchführen wollen, wenn wir geistiges Werkzeug schaffen wollen und müssen, dann darf daneben die finanzielle Unterstützung nicht vergessen werden.

Nur geistigen Mithilfe bedarf man die politischen Kräfte aber das alte und neue Zentrum, die der böhische Zentrumsführer Abgeordneter Weiser Dr. Josef Schöner im Verlage des Pressevereins in Freiburg im Breisgau hat erscheinen lassen. Er erörtert den Nachweis, daß es nicht richtig sei, wenn ein Gegenstand konstruiert wird, als ob in Bezug auf die Sozialdemokratie das Zentrum von heute die Wahlen des großen Führers Windthorst verlassen hätte, und er sagt: „Man konstruiert diesen Gegenstand, um Verwirrungen in die Reihen des Zentrums zu tragen, um dort ein Durcheinander zu machen. Die Versuche werden nicht zum Ziele führen! Die Truppen unter der Zentrumsführung sind gefesselt. Sie wissen Weisheit. Sie lassen sich nicht verführen!“ Schöner weist aber auch darauf hin, daß Windthorst es nicht abgesehen hat, mit der Sozialdemokratie zusammen politische Arbeit zu leisten, so wenig er es abgesehen, auch mit Bismarck 1879, also in einer Zeit, da die katholische Kirche unter den Fesseln der Kulturkampfes seufzte, die Wirtschaftspolitik zu ändern. Windthorst's Grundgedanke war: „Den Sozialismus werden wir nicht besiegen, indem wir den Versuch machen, ihn totzuschlagen. Wir werden ihn nur besiegen, wenn wir das Verächtlige anerkennen, und wenn wir mehr, als bisher geschehen ist, Politisches leisten zur Bekämpfung des Sozialismus.“

Weiterhin wird sehr viel noch nachträglich dem Zentrum der Vorwurf gemacht, es habe sich 1918 von den Grundzügen der alten Partei entfernt, indem es für die Reform des Wahlrechtes auch in Preußen eingetreten ist. Dazu muß auf die Rede hingewiesen werden, die Windthorst schon am 2. Februar 1890 auf dem Parteitag des rheinischen Zentrums in Köln gehalten hat, wo er ausführt: „Wir werden auch die Rechte des Parlaments, wie sie in der Verfassung stehen, kräftig schützen gegen alle Angriffe, woher sie auch kommen mögen; insbesondere werden wir das allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht gegen alle Angriffe zu schützen wissen.“

Uns kann es nur recht sein, wenn gewisse Kreise, die heute auf Windthorst, auf Betteler und andere hinweisen, die Taten und Schriften dieser Männer in die Erinnerung zurückrufen. Allerdings müssen wir den Herrschaften empfehlen, nicht etwa einige Worte aus dem Zusammenhange herauszureißen, sondern die Reden und Schriften der damaligen Zentrumsführer wirklich zu studieren und ganz zu verinnerlichen. So hat zum Beispiel Bischof von Metzler in geradezu prophetischer Weise unser Schicksal vorausgesagt. Wer sich davon überzeugen will, der lese

Für die Freiheit des Vaterlandes

Reichsanwalt Dr. Cuno in Hamburg

Hamburg, 2. Januar. Reichsanwalt Cuno hatte bereits am Sonntag die Absicht, in der Jahresversammlung „eines ehrenbaren Kaufmannes“ zu sprechen. Die dringenden Beratungen in der Reparationsangelegenheit hatten ihn daran gehindert, doch erklärte sich der Kanzler bereit, in einer ... geistigen Nachmittags in der Hamburger Börse stattzufindenden Sonderversammlung zu sprechen. Der Präsident der Handelskammer, Senator Witthoft, eröffnete die stark besetzte Versammlung und begrüßte in ihrem Namen den Reichsanwalt. Von den Anwesenden stürmisch begrüßt, ergriff der Reichsanwalt das Wort zu folgenden Ausführungen:

„Die neue Regierung war vom ersten Tage an bemüht, eine Lösung des Reparationsproblems zu finden, die von uns getragen und von der Gegenseite angenommen werden kann.“

Wir stehen vor einem Problem, das unendlich schwierig und nur lösbar ist, wenn alle Beteiligten sich entschließen, die Dinge so zu nehmen und zu sehen, wie sie sind.

Alle kennen das Gutachten des internationalen Anleihekomitees in Paris vom Juni dieses Jahres. Seine Gedankengänge stehen in den Gutachten der beiden Gruppen internationaler Sachverständigen in Berlin wieder. Die Verbindung des Gedankens der endgültigen Lösung der Reparationsfrage mit dem Gedanken der Anleihe findet sich ebenso in den Vorschlägen an den englischen Ministerpräsidenten gelegentlich der letzten Premierministerkonferenz. Diese Vorschläge waren dazu bestimmt, der endgültigen Lösung der Reparationsfrage die Wege zu öffnen. Heute handelt es sich darum, auf diesem Wege weiterzugehen.

Deutschland braucht, um leisten zu können, internationale Anleihen, hat aber nur dann Aussicht auf solche, wenn seine Leistungsfähigkeit endgültig festgestellt ist.

Unser Ziel, die Leistungsfähigkeit Deutschlands festzustellen und Mittel und Wege zu finden, um diese Leistungsfähigkeit für die endgültige Lösung der Reparationsfrage nutzbar zu machen, ist in enger Fühlung mit Personen und Kräften des Wirtschaftslebens verfolgt worden. Das gewonnene neue Bild von dem noch verbleibenden Reste unserer Leistungsfähigkeit ist trüblich. Die Reparationskommission hat selbst am 31. August einstimmig die Zahlungsfähigkeit Deutschlands anerkannt. Es bedarf also nicht der Unterstellung, daß Deutschland sich selbst systematisch ruiniert habe.

Ein unparteiisches Barometer für unsere Leistungsfähigkeit ist der Kredit, den die Finanzwelt Deutschland zu gewähren bereit ist.

Kein Gläubiger der Welt aber wird Deutschland Kredit gewähren, ehe die Leistungsfähigkeit so bestimmt umschrieben ist, daß über die Grundfragen seines Kreditrisiko ein völlig klares Bild hat. Wir sind entschlossen, eine erste feste Summe auf uns zu nehmen und sind bereit, diese in Anleihen durch Vermittlung eines internationalen Finanzkongresses aufzubringen und, so weit dies nicht im Anleihewege gelingt, Rins und Tilgungsurteile zu bezahlen, da die deutsche Wirtschaft für die nächsten Jahre unbedingt der Ruhe bedarf. Wir machen und ferner aufschlag für eine weitere Reihe von Jahren durch Vermittlung des gleichen Kongresses weitere Anleihen bis zu begrenzter Höhe aufzulösen, wenn das Anleihenrisiko für möglich hält. Eine solche Regelung der finanziellen Seite der Frage würde die Wege für die Durchführung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten ebnen, die

die Grundlage für ein Zusammenarbeiten der Industrien Europas und namentlich Frankreichs und Deutschlands geben. In einer solchen Kooperation sind die deutschen Wirtschaftskreise bereit. Die Reichsregierung weiß, daß die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands entschlossen sind, die Regierung bei der Durchführung ihres Vorschlages zu unterstützen. Dem Anleihekonfortium wird jede vernünftige Sicherheit eingeräumt werden können. Die Bestimmungen dieser Sicherheiten im einzelnen bleiben Sache der Verhandlungen.

Die endgültige Lösung muß dem deutschen Volke die wirtschaftspolitische Freiheit und Gleichberechtigung wiedergeben und den Abbau der Besetzung der deutschen Lande am Rhein bringen.

damit die unproduktiven Kosten und Bemühungen, die dort auf der deutschen Wirtschaft liegen, endgültig verschwinden. Nur in Verhandlungen und in offener Aussprache von Mann zu Mann kann die Lösung gefunden werden. Wir haben die Gegenseite ersucht, einem Vertreter der Reichsregierung Gelegenheit zu geben, daß in Paris zusammen tretenden Konferenz unseren Vorschlag schriftlich vorzulegen und mündlich zu erläutern. Sollten wir doch diese Aussprache nicht durch Entschlüsse vereitelt wird, die über ganz Europa unübersehbares Unheil bringen würden. Die Bewirkung der politischen Pfänderepolitik bedeutet den Tod aller wirtschaftlichen Reparation. Der Wortlaut der Rede des Staatssekretärs Hughes liegt zwar noch nicht vollständig vor, aber so viel kann schon jetzt gesagt werden, daß die Gedankengänge der amerikanischen Staatsmänner sich nahe mit unserer Auffassung berühren, und daß wir ihnen aufrichtig Beachtung wünschen. In Frankreich wird die Notwendigkeit der Besetzung des Rheinlandes auch mit der Beförderung der kriegerischen Absichten Deutschlands begründet. Diese Beförderung ist irrig.

Deutschland ist bereit, gemeinsam mit Frankreich und den anderen am Rhein interessierten Großmächten sich gegenseitig zu treuen Händen einer am Rhein nicht interessierten Großmacht für ein Menschenalter freiwillig zu verpflichten, ohne besondere Ermächtigung durch Volksabstimmung keine Kriege gegeneinander zu führen.

Eine solche Verpflichtung würde alle Völker auf den Frieden einstellen und die denkbar sicherste Friedensgarantie geben. Die Wirtschaft Deutschlands haben wir durch Vermittlung einer dritten Macht der französischen Regierung mitgeteilt. Zu meinem Bedauern hat Frankreich dieses Anerbieten abgelehnt.

Reichsanwalt Dr. Cuno erwähnt am Schluß, Europa und die ganze Welt erwarte dringend den Frieden, zu dem Seine Heiligkeit der Papst in seiner erhabenen Weltanschauung die Völker der Erde aufruft, wolle ihm der tiefempfundene Dank aller, die guten Willens sind, sicher ist. Wir glauben nicht besser als auf dem von uns betretenen Wege an der Erreichung dieses hohen Zieles mitarbeiten zu können.

Der Rede des Reichsanwaltes folgte stürmischer Beifall. Darauf erhob sich der Präsident der Handelskammer, Senator Witthoft, zu kurzen Schlussworten. Er gab die bestimmte Erklärung ab, daß Handel, Industrie und Schifffahrt in allen ihren Zweigen bereit sein würden, zu den alleräußersten Opfern, wenn es geht die deutsche Wirtschaft aus den Fesseln zu befreien, in die da unglückliche Ausgang des Weltkrieges mit seinen Folgeerscheinungen und die auf falschen Voraussetzungen beruhende Politik unserer einstigen Gegner und verstrickt habe.

seine Schrift über „Deutschland nach 1866“ nach. Von besonderem Interesse ist, was er dort über die konservative Partei sagt:

„Diese Partei (die konservative) hat leider bei Königgrätz eine nicht minder große Niederlage erlitten, wie Oesterreich; sie hat dem Erfolge geschuldet vor den vollendeten Tatsachen und der Macht ihr Anie gebeugt und fast ausnahmslos jene Grundzüge verlernt, die sie seit so vielen Jahren vertreten hat. Ganz und gar dasselbe, was sie in diesem langwierigen Kampfe allen ihren Gegnern dargemerkten, hat sie jetzt selbst getan. Das ist eine schwere sittliche Niederlage, denn eine Partei, die christlich sein will, muß vor allem der Macht gegenüber den Mut der Wahrheit haben. Aufbahrung, lediglich der Macht erwiesen, Reichtum der Macht gegenüber, hat mit Christentum nichts zu schaffen. Die konservative Partei in Preußen hat diese Probe nicht bestanden. Ob sie sich von diesem Schicksal erheben wird, können wir nicht übersehen; wir hoffen es. Wir wünschen ihr aber, daß sie eine Zeit kommen möge, wo die Revolution in der Lage sein wird, ihr diesen Abfall öffentlich mit jenem Hohne und jener schneidenden Logik nachzuweisen, wogu sie die Energie und den Geist in sich trägt. Die konservative Partei hat der Revolution durch diesen Abfall von ihren Grundzügen, durch diese Guldinung für die Tatsache eine mörderische Waffe in die Hand gegeben, von der sie unter veränderten Verhältnissen Gebrauch zu machen wissen wird.“

Diese Darlegungen wiesen heute geradezu erschütternd. Wenn dieselben in diesem oder ähnlichem Wortlaut heute von einem Zentrumsführer vorgetragen würden, dann würde wahrscheinlich, so bestimmt, eine Flut von wenig ansehnlichen Angriffen sich über ihn und um ergießen. Um so notwendiger ist es, daß wir auf diese Dinge heute zurückgreifen.

Es kann und soll nicht abgestritten werden, daß die Zentrumspartei sich durch ihre positive Arbeit der letzten Jahre einer schweren Belastung ausgesetzt hat. Sie hat eine ungeheure Verantwortung auf sich geladen, sie hat im wahren Sinne des Wortes das Vaterland über die Partei gestellt. In ganz besonderem Maße ist naturgemäß, die sächs.

ische Zentrumspartei in den letzten Jahren in einer überaus schwierigen Lage gewesen und ist es heute noch. Den hier in Sachsen wickeln sich zudem noch in außerordentlicher Weise begw. mehr als anderswo die Kämpfe um die christliche Kultur aus. Wir haben hier in Sachsen aber nicht nur den Kampf gegen links führen müssen, wir mußten ihn auch gegen rechts führen, weil er uns von rechts aufgedrungen worden ist und noch aufgedrungen wird. Es war die Pflicht der Sächsischen Zentrumspartei — und es entspricht zu gleicher Zeit ihrer Liebling — die Reichspolitik des Zentrums zu vertheidigen. Die Sächsische Zentrumspartei muß alle Bestrebungen und Bemühungen, sie vom Reichszentrum loszulösen und mit irgend einer anderen auf der äußersten Rechten stehenden Partei — sei es, in welcher Form es auch immer geschehen soll — zu verfahren, mit Entschiedenheit ablehnen. Diejenigen, die solche Bestrebungen verfolgen und in deutschen nationalen Organen dafür eintreten, haben aber am allerwenigsten ein Recht, uns anzuklagen, wenn wir pflichtgemäß und mit Energie auch gegen rechts die Forderung der christlichen Volkspartei vertreten. Das Zentrum muß sich auch in Sachsen — trotz allem — behaupten. Und es wird sich behaupten. Es wird sich behaupten, wenn alle diejenigen, die guten Willens sind, im neuen Jahre nach Kräften dieck und materielle Partei und Presse unterstützen. Vor Jahresfrist hat der Reichsparteitag des Deutschen Zentrums an die Spitze seiner Richtlinien die Worte gestellt:

„Die Zentrumspartei ist die christliche Volkspartei, die bewußt zur deutschen Volksgemeinschaft steht und fest entschlossen ist, die Grundzüge des Christentums in Staat und Gesellschaft, in Wirtschaft und Kultur zu verwirklichen. Sie steht in einer klaren christlich-nationalen Politik die sichere Gewähr für die Erneuerung und die Zukunft des deutschen Volkes.“

In diesem Sinne wollen wir auch im neuen Jahre arbeiten. In diesem Sinne rufen wir zur Mitarbeit alle auf, die von dem Gedanken überzeugt sind, daß in Sachsen und im Reich eine starke christliche Volkspartei Rettungsmittel allein für Volk und Vaterland werden kann. In diesem Sinne also: G. H. auf im neuen Jahre! Mit Gott für Wahrheit, Recht und Freiheit!

1922 IV 2483

„Die staatsfeindliche jesuitische Seimrute“

Von Dr. Hermann Rolfe, Wuppertal

„Es war die schwärzeste Stunde in der Geschichte der neuen deutschen Verfassung, als die für die Verfassung verantwortlichen Parteien der Nationalversammlung . . . das Recht des Staates auf die Schule teilweise an die Religionsgesellschaften verließen . . . Diesem Straucheln in einer finsternen Stunde aber wird zur schweren Schuld, wenn man nichts tut und auch in absehbarer Zukunft nichts zu tun denkt, um den unheilbringenden Schicksal der Verfassung zu ändern, wenn man dem deutschen Volke zumutet, auf die staatsfeindliche jesuitische Seimrute, genannt das Recht der Erziehungsberechtigten, zu treten . . . Es gibt kein Recht der Erziehungsberechtigten, es sei denn das Recht zur aktiven Mitarbeit am Werke der Erziehung innerhalb der vom Staate gezogenen Grenzen.“

So schreibt O. Frölich, Chemnitz, in einem Aufsatze über „Das Recht des Staates auf die Schule“ in Nr. 33 der Sächsischen Schulzeitung vom 6. Dezember v. J. (S. 73). Keimliche Äußerungen wie schon oft aus dem Lager der schulpolitischen Linken vernommen. Artikel 146, Absatz 2 der Verfassung ist der Stein des Anstoßes, jene nach unglücklichen Wägen gegebene Verfassungsformel, die das Recht der Gewissensfreiheit und Erziehungsfreiheit ausdrückt und den Erziehungsberechtigten besondere Schulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung gestattet. Damit sind für die Forderung der einen gemeinsamen Schule schwer überwindbare Hindernisse aufgestellt. Gegen das den Erziehungsberechtigten zugewiesene Recht, für ihre Kinder Schulen zu fordern, von denen sie die Gewissensfreiheit, das die Anforderungen ihrer religiösen Überzeugung gerecht werden, wird darum immer wieder Sturm gelassen aus dem ganz richtigen Empfinden heraus, daß nur über die Verfassung die es die Bestimmungen der Erziehungsberechtigten, aber ihre Verneinung der Weg zu der erstrebten weltlichen Jugendschule führt. Das unbenehme Hindernis gilt es zu beseitigen, und dazu soll die oben zitierte Deutung mit ihrer phrasenhaft aufgesetzten Stimmungsmache und erbärmlichen logischen Fälschung helfen. Mit alten Mitteln einer hohen, fadensteinnigen Dialektik sucht man zu „beweisen“: „Es gibt kein Recht der Erziehungsberechtigten.“

Das Weimarer Schulreformgesetz, das in Artikel 146, 2 die Gewissensfreiheit für die Erziehung der Kinder vorträgt, ist von Zentrum, Demokratie und Weltanschauungsdemokratie geschaffen worden. Es ist eine geradezu groteske Fälschung, die beiden Parteien sich darum bemühen zu sehen, im Grunde mit dem Zentrum eine staatsfeindliche jesuitische Seimrute herzustellen, auf die dann die zum Untergang der deutschen Volksschule miteinander verschworbenen drei Heiler das arme deutsche Volk und seine unglückliche Jugend laden möchten. Die verheerende Charakterisierung der Weimarer Verfassungsformel ist mindestens politisch dumm, „aus dem Wille gefallen“. Sie ist außerdem geschmacklos und eröffnet einen Einblick in eine Wesensart, die unser aufgeklärtes Zeitalter für immer überwinden haben sollte.

Und welches Mittel macht man ausfindig, um das Gewissensrecht der Erziehungsberechtigten beiseite schieben zu können? Mit äußerster Offenheit wird es verkündet: „Der die Kirchenschule (!) wirklich bekämpfen will, muß heute ohne Vorbehalt für das alleinige Recht des Staates auf die Schule eintreten . . . Das Erziehungsrecht muß . . . in seiner Ganzheit unter den staatlichen Willen gebracht werden.“ So wird hier in aller Unverschämtheit die schrankenlose Allmacht des Staates in den Tingen von Bildung und Erziehung proklamiert, und dies mit der ausnahmslosen Absicht, den Anteil der Kirche an der Jugend-erziehung auszuwischen, die „Kirchenschule“, d. h. nämlich die Bekenntnisschule, die Kirche und Religion als weltliche Faktoren in der Schulerziehung anerkennt, zu zerstören. Der Staat, dem gegenüber man in gleichem Kremlage behauptet, daß man „die geistliche Befreiung des einzelnen durch den alten Obrigkeitsstaat schrittweise erduldet oder gar heutzutage beabsichtigt habe“, empfängt plötzlich die Behauptung, mit unbeschränkter Machtvollkommenheit im Gebiete von Bildung und Schule zu halten und zu wahren doch wohl nur darum, weil man der Hoffnung ist, daß der neue Staat die Macht nach anderer Richtung gebrauchen werde als der alte. Staatsallmacht, in dem eigenen Sinne aufgestellt: daß sie eine religionslose Schulerziehung für alle Kinder zur Pflicht macht, ist erlaubt. Diese Staatsauffassung verflüchtigt heute die Nation, die sich gleichzeitig so bitter darüber beklagen, daß der trägere Staat seine Macht im umgekehrten Sinne gebraucht hat!

Und mit welcher Schroffheit wird diese Ansicht von der Erziehungsallmacht dieses neuen (aber wie man ihn sich wünscht: sozialistischen) Staates vertreten! Da heißt es, unbestimmt um die Unvereinbarkeit solcher Auffassung mit dem Wesen des demokratischen, des freien Volkshaates: „Der Staat darf nur nicht allein gerecht werden wollen.“ Er habe „seine Ansicht vom Gemeinwohl des Staates, die ihm heilig ist, auf allen Gebieten staatlichen Lebens zur Geltung zu bringen. Auch über

die Köpfe anberührender und anerkennender Minderheiten hinweg, denn das Wohl des Ganzen steht höher als das Wohl einzelner.“ Also die rücksichtsloseste Majorität, die brutalste Vergewaltigung der Minderheit ist dem Staate erlaubt — wenn man nur selbst nicht zu dieser Minderheit gehört!

Vor den Konsequenzen solcher Anschauungen wird indes dem Verfasser jenes Artikels schlichtlich selbst darge. Darum fügt er einleitend hinzu: „Aber der Wirklichkeit des Staates sind Grenzen gezogen. . . Je geistig-ethischer das Lebensgebiet ist, desto mehr muß die staatliche Beeinflussung zurücktreten.“ Die Grenze im einzelnen festzusetzen, sei rechtlich unmöglich. (1) Und dann geht der Verfasser zur Verdeutlichung dessen, wie er sich die Begrenzung der Machtbefugnisse des Staates im Bereiche der Erziehung denkt, als Beispiel die so viel umstrittene Verordnung 156 des sächsischen Kultusministeriums heran. Wie er sich hier entscheidet, das zeigt doch wieder, daß er in einer Vorstellung von der Berechtigung jenes Bildungspolitischen Staatsabsolutismus durchaus befangen bleibt und sich mit einem praktisch ganz unwirksam bleibenden Einengungsversuche gegenüber jener Staatsallmacht begnügt. So vertritt er durchaus die Anschauung, daß jene Verordnung, die die christlichen Erziehungsberechtigten als einen mit dem Wesen des modernen Staates unvereinbaren Eingriff in die auch durch die Staatsverfassung gewährleistete Gewissensfreiheit ansehen, innerhalb der erlaubten Machtbefugnisse des Staates liegt. Der Verfasser argumentiert nämlich so: „Der Staat, der den Grundgedanken der Neutralität in seinem Schulwesen durchführt, darf alle herkömmlichen Einrichtungen der alten Staatsschule (Schullehrer mit religiöser Unterrichtsweise, Gebete am Anfang und Schluß des Unterrichts und andere geistlichen weitergeleiteten Gebräuche aus anderen Zeiten) aus seiner Schule entfernen. Er darf es, selbst wenn wertvolles Kulturgut dabei verloren ginge (geistliche Musik, die herrlichen Klostermusikalien), denn er tut es in dem Glauben und aus der Gewissheit heraus, daß er dadurch den Raum und die Grundlage schafft zu neuen, höheren kulturellen Werken.“ (1) Vor dem „geistig-ethischen Lebensgebiete“ also, das die Religion darstellt, braucht der omnipotente Staat sich keinerlei Zurückhaltung aufzuerlegen. Hier darf er unbeschränkt „wertvolles Kulturgut“ preisgeben gegen etwas Höheres und Götteres, das er häufig einmal wieder an den besten Platz setzen können. Solche Behauptung auf die Zukunft ist eine gewisse Reformpädagogik dann aufzustellen, wenn sie die Preisgabe altüberlieferter Bildungsgüter zu rechtfertigen sich genötigt fühlt. Was will gegenüber dieser Verleumdung der Staatsallmacht die schäblichste Einschränkung besagen, die dem hinzugefügt wird, wenn es heißt: „Aber der Staat muß sich bei seinen diesbezüglichen Maßnahmen bevorzugen, etwa verbieten zu wollen, daß ein religiöser Mensch seine Religiosität im Unterrichte durchleuchtet, oder daß einmal eine aus dem Klassen- und Schulleben heraus frei erscheinende Feier eine Wendung ins Religiöse erhält.“ Wir zweifeln sehr, ob die maßgebenden Stellen sich diese Drohung zu eigen machen werden, nachdem sie ausdrücklich verordnet haben, daß in den Schulen jede Art religiöser Beeinflussung außerhalb des Religionsunterrichtes zu unterbleiben hat.“ Der Verfasser hat durchaus recht, wenn er meint, der Staat verjage gar nicht über die Mittel, solche Auswüchse religiöser Beeinträchtigungen zu verhindern. Auch darin stimmen wir ihm freudig bei, daß solche Eingriffe in allerpersönliches Leben nicht bloß den betreffenden Staatsmann, sondern auch das Staatsideal, dem er dienen will, bloßstellen würden.“ Aber wer will denn den Staat, der sich die ihm zugewandene Erziehungsallmacht aneignet, daran hindern, jene, wie zugegeben, schwer festsetzbare Grenze zu überschreiten und auf die weite Selbstbeherrschung in der Ausübung seiner Macht zu verzichten? Nach unserer Auffassung wird in der als Beispiel herangezogenen Verordnung tatsächlich jede Neuerung religiöser Lebens außerhalb des Religionsunterrichtes unterbunden, ganz gleichgültig, ob der Staat die Möglichkeit hat, die Befolgung dieses Verbotes zu überwachen oder nicht. Und damit wäre dann die dem Staate nach Meinung des Verfassers bei Ausübung seiner Machtbefugnisse über Bildung und Schule gezogenen Grenzen überschritten.

Wir wollen zur Verdeutlichung der hier kritisierten Anschauungen über das Recht des Staates auf die Schule nur auf eine andere Art von Grenzsetzung hinweisen, die ein Pädagog von großem Ruf vorgenommen hat, der die Ansprüche des Staates auf die Schule keineswegs von höchstem Standpunkte aus beurteilt. Auf der letzten großen Tagung des Deutschen Lehrerverbands, Pfingsten 1914 zu Kiel, hat Georg Kerschensteiner in seinem Vortrage über die „Einheitschule“ ausgeführt: „So bald die konfessionell-gemeinschaftliche Schule oder gar die religionslose Schule zur Staatschule erhoben wird, verlangt die Achtung vor der religiösen Überzeugung des anderen und die Fundamentalforderung der religiösen Bekenntnisfreiheit die Fregabe der religiösen Privat- und Volksschulen. Will der Kulturstaat aber die für seine innere Kraft durchaus nicht gleichgültige Sonderentwicklung vermeiden, so bleibt ihm nichts übrig, als in einem verlässlichen Uebereinkommen wegen der Fragen der religiösen Erziehung mit

den Religionsgesellschaften seine Pflichten zu organisieren. Dazu wird er um so mehr beansprucht haben, als er sich nicht der Ansicht verschließen kann, daß für die Erziehung die Beteiligung des den meisten Menschen angeborenen religiösen Bedürfnisses unentbehrlich und darum der Staatsfürsorge durchaus angemessen ist.“ (Deutsche Schulerziehung in Krieg und Frieden. Teubner, Leipzig, 1918, S. 161 f.) Es ist klar, daß diese Begrenzung der staatlichen Ansprüche auf die Schule zu einem ganz anderen Rechtsverhältnisse der Religion in der staatlichen Schule führt, als der nachträgliche schüchtern, aber zeitlich ganz unrichtige Eindämmungsversuch der Befugnisse eines Staates, den man erst zum unumschränkten Herren über die Schule gemacht hat. In Kerschensteiners Entscheidung ist ausdrücklich anerkannt, was O. Frölich so entschieden bestritt: daß nämlich alle Schulallmacht des Staates dort ihre Grenze hat, wo das persönliche Recht des religiösen Gewissens beginnt. Dessen Güter aber sind für die unminorigen Kinder die Erziehungsberechtigten denen der neue Staat in Artikel 146, 2 der Verfassung, ganz im Sinne Kerschensteiners, das Recht zugestanden hat, über die religiöse Richtung ihrer Erziehung zu bestimmen. Wögen diejenigen, die dem Staate so weite, kaum noch irgendwo begrenzte Rechte in den Fragen der Schule einräumen, ein wenig auch auf diese Stimme aus dem Lager der wissenschaftlichen Pädagogik hören, deren Resultate man ja so gern für eine schulpolitischen Forderungen in Anspruch nimmt: „Jede Verletzung des religiösen Gewissens widerspricht dem Kulturstaat. Darüber müssen sich alle klar sein, welche eine religions-neutrale Pflichtschule als Staatschule verlangen.“ (a. a. O. S. 163.)

Dem Verfasser der Erziehungsallmacht des Staates aber sei zum Schluß noch kurz in Erinnerung gerufen, daß er früher einmal (vergl. Sächsische Schulzeitung, Nr. 12 vom 29. März v. J.) für die Lösung der Schulfrage eine ganz andere Formel vorgebracht hat, mit deren Berechtigung wir uns jederzeit auch einverstanden haben (Sächsische Schulzeitung, Nr. 99 vom 29. April v. J.). Diese Formel lautete: „Die Schule dem Kinde, nur dem Kinde!“ Jetzt heißt es: „Die Schule dem Staate, nur dem Staate!“ Wieviel bemüht sich der, der solche Schlagworte prägt, diese auch miteinander in Uebereinstimmung zu bringen. In einem allerdings kommen diese sich fast schon widersprechenden Formeln überein: in dem Zwecke nämlich dem sie dienen sollen. Beide wollen und sollen die Schule den Eltern entziehen. Darum sind sie beide, trotz ihrer gegenfälligen inneren Unvereinbarkeit, demjenigen gleich willkommen, der einsehen gelernt hat, daß sein Ideal der weltlichen Jugendschule nur durch die Befreiung des Elternwillens verwirklicht werden kann. Was diesem Zwecke dient, wird als Mittel benutzt, selbst wenn es noch so wenig zueinander paßt: Der Zweck heiligt die Mittel!

Dittschentag der Zentrumspartei

Am Sonntag den 21. Januar findet in Chemnitz ein Dittschentag der Zentrumspartei statt. Als Hauptredner ist Herr Reichsminister a. D. Giesbers, W. b. R., gewonnen worden. Die Tagung wird vormittags 10 Uhr mit einer Vertreterversammlung im Neuen Saale des Gerichtsgebäudes beginnen, bei der bereits Herr Reichsminister Giesbers ein Referat halten wird. Den Ortgruppen in Chemnitz wird in den nächsten Tagen genaue Mitteilung über die Vertreterversammlung zugehen. Es wird aber schon heute auf die Tagung hingewiesen. Die Auswerbungen sind sehr günstig. Nach Auskunft der Morgenblätter ist den katholischen Vertretern um 2 1/2 Uhr Gelegenheit geboten, ihrer Sonnenstille zu gedenken.

Nachmittags nämlich 2 1/2 Uhr findet dann die große Zentrumsversammlung im Saale des „Gründerhauses“ statt, die von der Ortgruppe Schirnding der Zentrumspartei einberufen und in der Herr Reichsminister Giesbers über „Die Politik der Zentrumspartei seit der Revolution“ sprechen wird. Es muß eine maßvolle Rundgebung des Zentrumsgedankens werden.

Fernsprechnummer

für Redaktion und Geschäftsstelle der Sächsischen Volkszeitung sowie für die Saxonia-Buchdruckerei ab 1. Januar 1923 nur noch 32722.

Die für gestern vorgesehene Ausgabe unserer Zeitung konnte aus betriebstechnischen Gründen erst heute erscheinen.

Die Perle des Schwarzwaldes

Roman von Ed. Wagner

(Nachdruck verboten.)

(31. Fortsetzung.)

„Craffon setzte eine getränkte Wiese auf.“
„Wie hätte ich es dir, umgeben von einer Scher eingehender Wäse, von denen du dich nicht trennen konntest, denn sagen sollen?“ entgegnete er. „Auch hättest du sie gewiß nicht früher finden können, als ich sie zu finden hoffte!“

Der junge Graf tat häufig einige Schritte auf Craffon zu, blieb aber dann doch unentschieden noch wieder stehen.
„So hast du nach Mir Romberg gesucht?“ fragte er. „Aber — du hast sie gefunden?“

„Ich habe überall nach ihr gesucht“, antwortete der verärgerte Freund mit heiserlichem Tonfall. „Ich durchsuchte von einem Ende zum anderen nach ihr, überall Ortungen eingehend, wo nur die Möglichkeit bestand, daß sie sich dort aufhalten könnte, und endlich, ganz durch Zufall, fand ich sie!“

„Du findest sie?“ rief der Graf mit fast überlauter Stimme.
Lady Wensham erschrocken. Stand Craffon im Begriff, den Kopf zu verneinen, den sie mit ihm geschloßen hatte? Sie schaute sich erschrocken in ihren Stuhl zurück. Aber weder Craffon selbst, noch der junge Graf bemerkte ihre Aufregung.

„Ja, ich fand sie“, erwiderte Craffon. „Ich traf sie in Reichertret, begleitet von dem alten Gretchen. Mir Romberg rißte für ein Modewarengeschäft dabei.“ Sie nannte mir ihre Adresse, welche ich mir auf eine Karte schrieb.“

„Wie ist mir!“ unterbrach Wensham ihn hastig.
„Hier ist sie“, sagte Craffon, eine Karte aus seinem Notizbuch nehmend. „Mir Romberg ist aber nicht mehr dort. Sie ist verschunden, und zwar auf ganz rätselhafte Art.“

„Verschunden?“ rief der Graf erschrocken. „Wie soll ich das verstehen? Erkläre mir, Craffon!“

„Das will ich“, versetzte die er kühnlich, „wenn es nicht um Lady sein soll, von der als Vertreterin berichtet zu werden.“
„Craffon!“ unterbrach der Graf ihn ungeduldig, indem er beide Hände des fassenden Freundes erfaßte und herzlich drückte. „Aber du weißt doch, was Alice mir ist!“

„Ich weiß es“, entgegnete trübsinnig der andere, „und darum suchst du zu wissen, was ich selber weiß. Mir Romberg hatte sich als eine ausgezeichnete Stickerin erwiesen und hatte als solche von Lady Trevor Kurze bekommen.“
„Von Lady Trevor?“ fiel die Gräfin ein.
„Eine sonderbare Verbindung, nicht wahr?“ erwiderte Craffon. „Aber Lady Trevor hatte keine Ahnung, daß sie die Mir Romberg aus Schönan war. Madame Lange, die Besitzerin des bekannten Modewarengeschäftes, hatte ihr das junge Mäd-

chen empfohlen, und sie hatte daselbe engagiert, damit sie diesen Winter einige wertvolle Tadeln zu Gesicht ausbessere. Mir Romberg begab sich daraufhin in der Begleitung ihrer Dienerin zu Lady Trevor, um sich von dieser noch einige nötige Instruktionen zu holen, und blieb dann in einem anderen Wagen ab, in welchem sie gekommen und der inzwischen wieder weggefahren war. Dieser zweite Wagen fuhr darauf mit Mir Romberg und dem alten Gretchen ab, und seitdem ist sie nirgends mehr gesehen worden.“

Der Graf stand wie erstarrt.
„Ich habe Mir Rombergs Spur verfolgt bis zu Lady Trevers Hause“, fuhr Craffon fort, „ich habe den Kutscher ausgefragt, welcher sie dorthin fuhr. Der zweite war ein junger vorläufiger Fahrer des Wagens und es ist kein Anhalt zu dessen Auffinden vorhanden.“

Lady Wensham sah Craffon schief an; sie erkannte, daß er jetzt die Wahrheit sprach und atmete leichter.
„Das Dunkel soll bald gelichtet werden!“ sagte da, sich aufrassend, mit Entschlossenheit der junge Graf. „Ich will und werde Alice finden! Wo ist Lady Trevor gegenwärtig?“

„In St. Leonards, zum Besuch bei ihrem Großvater“, antwortete Craffon.
„Wie werden morgen in St. Leonards erwartet“, sagte der Graf. „So wollen wir bis morgen warten, dann aber mit dem ersten Zuge nach dort hinüberfahren. Ich werde mit Lady Trevor sprechen und sehen, ob sie Licht in die Sache zu bringen vermag. Wenn sie es nicht kann, werde ich dich in St. Leonards lassen, Mutter, selber aber hierher zurückkehren, um nach Mir Romberg zu suchen, bis ich sie gefunden habe, die all mein Glück ausmacht und ohne die ich nicht glücklich sein werde durchs ganze Leben!“

20. Kapitel
Am anderen Morgen fuhren — wie bestimmt — nach Wensham und seine Mutter nach St. Leonards. Auf dem dem Versteherisch zunächst gelegenen Bahnhof wurden sie von der Equipage des Marquis empfangen, welche sie in einer halben Stunde ans Ziel brachte.

Als der Wagen vor den Stufen des Portals hielt, kam Mr. Barker herab und öffnete die Baggage. Er geleitete die Ankommenden ins Haus, wo die Haushälterin Lady Wensham in die für sie bestimmten Zimmer führte.

Der Graf erkundigte sich teilnehmend nach dem Befinden des alten Marquis, verheißte sich Gewißheit, daß Lady Trevor zugegen war und ließ sich dann von einem Diener seine Zimmer anweisen.

Nachdem die Gräfin Toilette gemacht hatte, begab sie sich in das Gesellschaftszimmer, wo Lady Trevor bereits ihrer harzte. Sie erhob sich beim Eintritt der alten Dame und eilte ihr entgegen.

„Wie freue ich mich, Sie zu sehen!“ rief sie, die Gräfin umarmend.
In diesem Augenblick trat auch der junge Graf ein, aber er hatte Lady Trevor kaum begrüßt, als Mr. Barker erschien und die Gäste hat, Lord Leonards in der Bibliothek aufzusuchen, da die, er nicht imstande sei, zu ihnen zu kommen.

Es bot sich also jetzt keine Gelegenheit für Lord Wensham zu einer Unterredung mit Lady Trevor. So ungeduldig er war, sich bei ihr in betreff Alice zu erkundigen, war er doch gezwungen, bis nach der Unterredung mit dem Marquis damit zu warten und Barker in die Bibliothek zu folgen.

Lord Leonards, die Gäste in den Salon, in einem großen Behälter stehend, sah mit Spannung nach der Tür. Sein Freund erhellte sich, seine Augen leuchteten und in freudiger Erregung streckten seine Hände sich aus, als er des jungen Grafen ansichtig wurde, den er wie einen Sohn liebte.

„Es freut mich, dich zu sehen, Gordon!“ rief er herzlich.
„Willkommen, Gräfin! Entschuldigen Sie, daß ich Ihnen bleibe! Mein alter Feind — die Gicht — hält mich fest!“

Man begrüßte sich gegenseitig, dann nahmen alle Platz.
„Ich bin in einer großen Eile, Gordon!“ hob der Marquis hierauf an, „und ich gebrauche deine Hilfe. Eine höchst peinliche Beschichte, die ich um jeden Preis entzweit sehen möchte, beschäftigt Barker und mich. Vielleicht findest du eine Lösung, wo wir im Dunkeln tappen!“

Lady Trevor war blaß bis in die Lippen. Sie wußte, was kommen würde, und mußte alle ihre Kräfte zusammennehmen, um mit Ruhe dem unausbleiblichen Sturme entgegenzutreten zu können.

„Wenn ich Ihnen in irgend einer Weise behilflich sein kann“, erklärte der junge Graf schlicht, „so helfe ich mich zu Ihrer Verfügung.“

„So höre mich an!“ fuhr der Marquis fort. „Vor mehreren Wochen, am Abend nach meiner Rückkehr von Schottland nach London, wurde ich in einer stillen Straße, welche in Reuestret einmündet, von zwei Männern angefallen, die mich zu erschöpfen beabsichtigten, um mich berauben zu können. Nach der Gegenwehr, bei der ich erkannte, daß ich den Streifen nicht gewonnen sei, entschloß ich mich, wurde aber von beiden eingeholt und niedergeworfen. Da — im Augenblick der höchsten Gefahr, kam ein junges Mädchen, welches von der Erde der Gegenwehr aus den Ueberfall mit angehen hatte, herbeigekommen, indem sie um Hilfe rief. Die Banditen errißen in tollgedieser die Flucht und ich kam mit dem Schrecken davon.“

„Welch ein Heldenmut!“ rief Lord Wensham. „Die meisten jungen Damen würden in Ohnmacht gefallen oder davongelaufen sein!“

(Fortsetzung folgt.)

Tageschau

Der deutsche Botschafter in Paris teilte zu Beginn der Pariser Konferenz der französischen Regierung mit, daß Staatssekretär Dr. Bergmann neue Vorschläge des Deutschen Reiches unterbreiten werde.

Die Nationalversammlung in Ankara hat die türkische Delegation in Lausanne beauftragt, mit allen hierzu berechneten Mitteln einen Sonderfrieden abzuschließen.

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik tritt zu seiner nächsten öffentlichen Sitzung am 16. Januar zusammen. Verhandlungsgegenstand bildet die Verhinderung des Deutschen Reiches durch den Vertrag von Versailles.

Die Konferenz der Bergarbeiter des Ruhrgebietes erhob kürzlich Einspruch gegen die geplanten französischen Maßnahmen zur Besetzung des Ruhrgebietes und erklärte ihre Verantwortlichkeit zur Erfüllung der Reparationen.

Aus dem Ausland

Eröffnung der Pariser Konferenz

Paris, 2. Januar. Die heute eröffnete internationale Konferenz wurde eröffnet mit den Darlegungen der englischen, französischen und italienischen Abordnungen, von denen jede einen eingehend ausgearbeiteten Wiederherstellungsplan vorlegte.

Unter Eindruck der deutschen Vorschläge

London, 3. Januar. Nach den hier vorliegenden Nachrichten haben die neuen deutschen Vorschläge in Washington einen günstigen Eindruck gemacht.

Deutsches Reich

Neue Reichsbanknoten zu 5000 Mark

In der nächsten Zeit werden neue Reichsbanknoten zu 5000 Mark in den Verkehr gebracht werden. Sie sind 107x198 Millimeter groß und auf weißem Papier gedruckt.

Krise in der sächsisch-thüringischen Textilindustrie

Planen, 3. Januar. Infolge des Rückganges der Weltmarktpreise hat sich die Textilindustrie in der sächsisch-thüringischen Textilindustrie weiter verschlechtert.

Katholizismus und Nationalsozialismus

Der Nationalsozialismus, der leider auch in katholischen Kreisen hier und da Sympathie findet, wird in der „Beobachtung“ der katholischen Jugendvereine und Jugendmännerverbände Münchens (Nr. 17) treffend charakterisiert.

Wir erkennen im Nationalsozialismus eine Bewegung, die nur negativ, vernennend, andere bekämpfend, arbeitet, aber nichts Neues, Eigenes schafft. Wir haben uns gefragt, was sie eigentlich will.

Und in der Religion? Da hat die nationalsozialistische Bewegung am Schlusse ihres Programms, als Nr. 24, einen höchstbedeutsamen Satz aufgenommen: Wir vertreten den Standpunkt eines positiven Christentums.

Nur all diesem sind wir zu dem Schlusse gekommen, daß die nationalsozialistische Bewegung zu leicht und grundschwankend ist, als daß sie unsere Sehnsucht erfüllen könnte.

Darum können wir katholischen Jungmänner in dieser Bewegung trotz dem Guten, das sie hat, nicht das Heil für unser Volk sehen. Darum können wir katholischen Jungmänner bei den Nationalsozialisten nicht mitmachen.

Katholische Schulorganisation Deutschlands

Vertrauensleute

die ihr auch als Helfer und Mitarbeiter in den Dienst der Unterschriftenjagd zugunsten der Volksschule gestellt hat, seid auch an den für die Zukunft der konfessionellen Schule so bedeutungsvollen Tagen bewußt, wieviel gerade von eurer Kleinarbeit abhängt.

Leitfäden für eure Tätigkeit

- 1. Die Unterschriftenjagd soll feierlich, wie bei katholischen Wahlberechtigten auf dem Boden der Volksschule stehen, um den Gegnern der katholischen Volksschule zu zeigen, daß die große Mehrheit der Katholiken nicht gewillt ist, die Volksschule aufzugeben.

Habt ihr schon für die Deutsche Notgemeinschaft gegeben?

Die Aufbauschule beim Kath. Seminar zu Baunzen

Die zu Ostern 1923 in Angriff genommene Umwandlung der Lehrerbildung betrifft wie alle katholischen Seminare auch das Kath. Seminar zu Baunzen.

Die Aufbauschule ist eine neue höhere allgemeinbildende Schule, nicht mehr, wie das bisherige Seminar, eine besondere Nachschule bloß für künftige Volksschullehrer.

Die Aufbauschule ist die einzige höhere Schule, die ein Schülerheim (Internat) besitzt, wo den Schülern im Vergleich zu den teuren Pensionen verhältnismäßig billige Kost und Wohnung gewährt werden.

Die Aufbauschule ist die einzige höhere Schule, die ein Schülerheim (Internat) besitzt, wo den Schülern im Vergleich zu den teuren Pensionen verhältnismäßig billige Kost und Wohnung gewährt werden.

Die Aufbauschule ist die einzige höhere Schule, die ein Schülerheim (Internat) besitzt, wo den Schülern im Vergleich zu den teuren Pensionen verhältnismäßig billige Kost und Wohnung gewährt werden.

Die Aufbauschule ist die einzige höhere Schule, die ein Schülerheim (Internat) besitzt, wo den Schülern im Vergleich zu den teuren Pensionen verhältnismäßig billige Kost und Wohnung gewährt werden.

Die Aufbauschule ist die einzige höhere Schule, die ein Schülerheim (Internat) besitzt, wo den Schülern im Vergleich zu den teuren Pensionen verhältnismäßig billige Kost und Wohnung gewährt werden.

Die Aufbauschule ist die einzige höhere Schule, die ein Schülerheim (Internat) besitzt, wo den Schülern im Vergleich zu den teuren Pensionen verhältnismäßig billige Kost und Wohnung gewährt werden.

Die Aufbauschule ist die einzige höhere Schule, die ein Schülerheim (Internat) besitzt, wo den Schülern im Vergleich zu den teuren Pensionen verhältnismäßig billige Kost und Wohnung gewährt werden.

Die Aufbauschule ist die einzige höhere Schule, die ein Schülerheim (Internat) besitzt, wo den Schülern im Vergleich zu den teuren Pensionen verhältnismäßig billige Kost und Wohnung gewährt werden.

Die Aufbauschule ist die einzige höhere Schule, die ein Schülerheim (Internat) besitzt, wo den Schülern im Vergleich zu den teuren Pensionen verhältnismäßig billige Kost und Wohnung gewährt werden.

Aus Dresden

Bermittlung an höheren Schulen. Angefaßt der Tatsache, daß eine Erweiterung der mit dem notwendigen Schulbucher mindestens 2.000 M. kostet — ein großer Mangel allein erfordert 6000 M. — ist ein Vorschlag, das ein Dresdner Gymnasium zu bereichern für Eltern mit der Elternvereinsammlung den Plan durchzuführen.

Dresden. Caritasverband. Der beschriebene Kursus für die Eltern- und Erziehungswissenschaften wird, wie wir hören, wegen Schwierigkeiten in den Vorbereitungsarbeiten verschoben werden müssen und findet erst in der zweiten Hälfte des Februars statt.

Parteinachrichten

Wahlkreisverband Dresden. Am kommenden Sonntag den 7. Januar 1923, vormittags 11 Uhr, findet im Hotel „Luisenpark“ Dresden, Königsstraße 4, eine Vertreterversammlung der Wahlkreismitglieder statt.

Wahlkreisverband Leutersdorf. Am Sonntag den 30. Dezember hielt unsere Ortsgruppe in der „Sächsischen Schöpfung“ ihre erste Hauptversammlung ab. Gegen 8 Uhr abends eröffnete der erste Vorsitzende Adolf Goldberg mit herzlichem Begrüßungswort die Versammlung.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

Dresden-Johannstadt. Vers.-Jesu-Konferenz des Vincentinervereins. Heute Mittwoch, den 3. Januar, abends 8 Uhr im Vincentiumshaus, Wittenberger Straße 88, Sitzung.

Dresden-Vertriebsstadt. Der Kirchenrat an „St. Michael“ erläßt an seine Gemeindeglieder folgende Bekanntmachung.

Das Wohl der Gesamtheit verlangt zum Wohle des Heilens der Kirche. Unter Gottesausicht steht eine Veranschaulichung, deren Heilwirkung ständig mit Pforten erfüllt ist.

Jittau. Am 26. Dezember fand im Restaurant „Posthof“ die Weihnachtsfeier und zugleich das Stimmvolk des hiesigen Junglingsvereins statt.

Die am 26. Dezember 1922 in Jittau am Restaurant Posthof veranstaltete kathol. Elternversammlung mit großer Teilnahme gegen die ministerielle Verordnung, daß die Priester als nicht geeignete Religionslehrer dieses Amt nicht mehr versehen dürfen.

Die kathol. Elternschaft fordert sich und beharrt, daß die Priester nach wie vor den Religionunterricht, der allein der Nützlichkeit und Veranschaulichung dienen und unsere Jugend zu brauchbaren Gliedern des deutschen Volkes führen kann, weitererteilen.

Die kathol. Elternschaft zu Jittau.

Planen. Wenn der elementare Jubel der Kinder am 6. Abend verklungen ist und die freudig strahlenden Augen die Müdigkeit überkommen, dann rückt sich die Erwachen zum Besuche der Christmette.

Die kathol. Elternschaft fordert sich und beharrt, daß die Priester nach wie vor den Religionunterricht, der allein der Nützlichkeit und Veranschaulichung dienen und unsere Jugend zu brauchbaren Gliedern des deutschen Volkes führen kann, weitererteilen.

Geschäftsanzeigen für die nächste Ausgabe der Zeitung erbitten wir bis spätestens Donnerstag nachmittag, frühestens, mittags, Familienanzeigen: Freitag bis 10 Uhr

